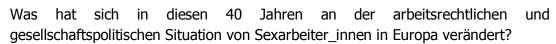
Pressemitteilung der **Plattform sexworker.at** und der Organisationen **LEFÖ, PiA, maiz, SXA-Info** und dem Projekt **iBUS** / 29. Mai 2015

Titel: Volle Anerkennung aller Arbeitsrechte für Sexarbeiter_innen!

Utl.: 2. Juni = Internationaler Hurentag

Am 2. Juni 1975 streikten ungefähr 150 Sexarbeiter_innen in Lyon (Frankreich), besetzten eine Kirche und initiierten damit eine öffentlichkeitswirksame Aktion, die als eine der maßgeblichen Initialzündungen für die europäische Sexarbeiter_innenbewegung gilt. 40 Jahre ist es also her, dass Sexarbeiter_innen sich gegen die Repressionen seitens des Staates auflehnten und diesen als den größten Zuhälter bezeichneten.







Die Arbeitssituation für Sexarbeiter_innen in Österreich, vorwiegend Migrantinnen, ist nach wie vor von massiven Schwierigkeiten, Doppelbödigkeiten in gesetzlichen Regelungen und Unsicherheiten bestimmt. Dies attestiert anlässlich des Internationalen Hurentages ein Netzwerk für die Rechte von Sexarbeiter innen, d



Internationalen Hurentages ein Netzwerk für die Rechte von Sexarbeiter_innen, die von den Organisationen maiz (Linz), LEFÖ (Wien), PiA (Salzburg), SXA-Info (Graz), iBUS (Innsbruck) und der Sexarbeiter_innen-Plattform sexworker.at getragen wird.

In politischen und gesellschaftlichen Diskursen und Auseinandersetzungen wird dem Thema Sexarbeit mit starken moralischen Bedenken und Argumentationen begegnet. Nach wie vor sind Sexarbeiter_innen von rechtlicher Diskriminierung, von gesellschaftspolitischen Ausschlüssen, von Stigmatisierung und repressiven und unfairen Gesetzgebungen betroffen. Die inhaltliche und strukturelle Verknüpfung von Sexarbeit mit Kriminalität unterstützt die staatlich institutionalisierte Doppelmoral. Dies zeigt sich unter anderem auch in der verpflichtenden Kontrolluntersuchung - die laut aktuellstem Verordnungsentwurf über die gesundheitliche Überwachung von Sexarbeiter_innen nun auf sechs Wochen erweitert werden soll - in der Registrierung bei der Polizei (in Wien) oder auch durch ständige Kontrollen durch polizeiliche Organe. Sexarbeiter_innen und deren Umfeld sind einem Generalverdacht ausgesetzt, der sich – innerhalb der aktuell gegebenen gesellschaftspolitischen Strukturen - gar nicht abschaffen lässt.

Das Netzwerk stellt wiederholt fest, dass Sexarbeiter_innen in politische Entscheidungsprozesse gar nicht oder nicht genügend miteinbezogen werden. Die Intransparenz von Entscheidungsprozessen zieht sich durch alle Bereiche durch. Selbst in Ländern, in denen es starke Selbstorganisationen von Sexarbeiter_innen gibt, wie die Gewerkschaft STRASS "Le Syndicat du Travail Sexuel" in Frankreich, den BesD "Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen" in Deutschland oder auch die Plattform sexworker.at in Österreich ist nach wie vor keine reale Miteinbeziehung und Anerkennung als Expert_innen zu erkennen.

Was hat sich in den 40 Jahren – seit dem Streik in Lyon - verbessert? Schön wäre es, wenn festgestellt werden könnte, dass eine respektvolle öffentliche Diskussion, mit einhergehender Anerkennung der vollen Menschen- / Frauen- und Arbeiter_innenrechte für Sexarbeiter_innen gar nicht mehr aufzuhalten ist. Leider sind wir noch weit davon entfernt.

Doch nicht mehr zurückzunehmen ist, dass die gesellschaftspolitischen Strukturen verändert werden müssen, damit Selbstbestimmung und Autonomie für die in der Sexarbeit-Tätigen möglich sind:

- der finanzielle Gewinn soll hauptsächlich den (vorwiegend migrantischen) Sexarbeiter_innen bleiben;
- Sexarbeiter_innen sollen in politische Entscheidungsprozesse miteingebunden werden;
- Es sollen alle notwendigen Maßnahmen von Politiker innen gesetzt werden, die ein selbstbestimmtes und sicheres Arbeiten im Bereich der Sexarbeit ermöglichen;
- Sexarbeiter_innen wollen mit gleichem Respekt und Anerkennung behandelt werden wie andere ArbeitnehmerInnen auch.

Anlässlich des Internationalen Hurentags 2015 fordern wir deshalb: Die volle Anerkennung der Menschen- und Frauenrechte und die Durchsetzung aller Arbeitsrechte für Sexarbeiter innen!

Kontakt:



LEFÖ - Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen

Kontakt: Renate Blum info@lefoe.at www.lefoe.at



Sexworker.at

Kontakt: Christian Knappik admin@sexworker.at

www.sexworker.at



Maiz

Kontakt: sexwork@maiz.at www.maiz.at



SXA Info: Information und Beratung für Sexarbeiterinnen und MultiplikatorInnen in der **Steiermark**

Kontakt: www.frauenservice.at michaela.engelmaier@frauenservice.a



PiA - Information und Ausstieg

Kontakt: Christine Nagl c.nagl@frau-und-arbeit.at projekt-pia@frau-und-arbeit.at www.frau-und-arbeit.at



iBUS - Innsbrucker Beratung und Unterstützur ibus@aep.at für Sexarbeiterinnen

Kontakt:

www.aep.at

2. Juni 1975: Proteste und Kirchenbesetzung von Sexarbeiterinnen in Frankreich

Vor vierzig Jahren, am 2. Juni 1975, besetzten über hundert Sexarbeiterinnen die Kirche Saint-Nizier in Lyon. Unter dem Slogan «Der Staat ist der grösste Zuhälter» protestierten sie in erster Linie gegen die schikanöse Polizei, die ihnen die Arbeit fast verunmöglichte und mit willkürlichen Strafen wegen des «Anwerbens» von Kunden viel Geld abnahm. Zeitgleich riefen die Prostituierten einen Streik aus, der sich auch auf andere französische Städte ausweitete. Nach acht Tagen liess der Innenminister die Kirche räumen, mit der Begründung, die Frauen würden allesamt von Zuhältern kontrolliert, die auch die Anstifter dieser Aktion seien.

«Er reduziert damit einen Frauenkampf, der weltweite Schlagzeilen gemacht hat, zu einer Rangelei zwischen Männern: hier «Zuhälter» – da «Ordnungskräfte»», schreibt Pieke Biermann in ihrem Buch «Wir sind Frauen wie andere auch! Prostituierte und ihre Kämpfe». Diese Strategie ist noch heute üblich, um Sexarbeiter_innen, die sich öffentlich äussern, zu diffamieren und Sympathien in der restlichen Bevölkerung zu zerstreuen.



2015: Internationales Sexarbeiter_innen-Treffen in Lyon!

Die Gewerkschaft der Sexarbeiter_innen Frankreichs "Strass" lädt anlässlich des Internationalen Hurentages nach Lyon ein: von 31. Mai bis 1. Juni findet ein Internationales Sexarbeiter_innen-Treffen statt, deren Abschluss eine Demonstration am 2. Juni bildet.